

Niederschrift
über die 8. Sitzung des Ausschusses für den LVR-Verbund
Heilpädagogischer Hilfen
am 02.06.2016 in Köln, Landeshaus
- öffentlicher Teil -

Anwesend vom Gremium:

CDU

Ensmann, Bernhard
Giebels, Harald
Kersten, Gertrud
Müller, Michael
Naumann, Jochen
Nabbefeld, Michael
Schavier, Karl
Rohde, Klaus
Tondorf, Bernd

für Dr. Leonards-Schippers, Christiane

für Hohl, Peter

für Wörmann, Josef
Vorsitzender

für Kromer-von Baerle, Wolfgang

SPD

Arndt, Denis
Joebges, Heinz
Kaiser, Manfred
Nüse, Theodor
Recki, Gerda
Servos, Gertrud
Wucherpennig, Brigitte

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Janicki, Doris
Kresse, Martin
Tuschen, Johannes-Jürgen

FDP

Feiter, Stefan
Haupt, Stephan

Die Linke.

Ammann-Hilberath, Martina

Freie Wähler/Piraten

Hagenbruch, Detlef

Verwaltung:

Wenzel-Jankowski	LVR-Dezernentin Klinikverbund und Verbund Heilpädagogischer Hilfen
Heister	Fachbereichsleitung LVR-Fachbereich Personelle und organisatorische Steuerung des Klinikverbundes und des Verbundes Heilpädagogischer Hilfen
Stephan-Gellrich	LVR-Fachbereich Qualitäts- und Innovationsmanagement des Klinikverbundes und des Verbundes Heilpädagogischer Hilfen
Siekierski	LVR-Fachbereich Qualitäts- und Innovationsmanagement des Klinikverbundes und des Verbundes Heilpädagogischer Hilfen
Thewes	Fachbereichsleitung LVR-Fachbereich Wirtschaftliche Steuerung
Kasten	Kaufmännischer Direktor LVR-HPH-Netz West
Klein	Kaufmännischer Direktor LVR-HPH-Netz Ost
Klose	Kaufmännischer Direktor LVR-HPH-Netz Niederrhein
Nottelmann	Fachliche Direktorin LVR-HPH-Netz West
Schueler	Fachlicher Direktor LVR-HPH-Netz Ost
Ströbele	Fachlicher Direktor LVR-HPH-Netz Niederrhein
Steinhoff	Stabsstelle Gleichstellung und Gender Mainstreaming
Lauber	GPR
Flechtner	PR LVR-HPH-Netz Niederrhein
Kortz	PR LVR-HPH-Netz Niederrhein
Poelkow	PR LVR-HPH-Netz Ost
Ebeling	LVR-Fachbereich Qualitäts- und Innovationsmanagement des Klinikverbundes und des Verbundes Heilpädagogischer Hilfen
Breidenbach	LVR-Fachbereich Personelle und organisatorische Steuerung des Klinikverbundes und des Verbundes Heilpädagogischer Hilfen (Protokoll)

Gäste:

Frau Hinckers	LVR-HPH-Netz Niederrhein
Herr Jacobi	LVR-HPH-Netz Niederrhein

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

Beratungsgrundlage

1. Anerkennung der Tagesordnung
2. Niederschrift über die 7. Sitzung vom 16.02.2016
3. Umsetzung der UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen
Inklusion und Teilhabe durch freiwillig Engagierte
Freiwilligenmanagement im LVR-HPH-Netz Niederrhein
am Beispiel des LVR-Wohnverbundes Haagstraße in Alpen
4. Bundesteilhabegesetz (BTHG)
 - 4.1. Referentenentwürfe zum Bundesteilhabegesetz (BTHG) und zum 3. Pflegestärkungsgesetz (PSG III) **14/1236 K**
 - 4.2. LVR-Stellungnahme gegenüber den kommunalen Spitzenverbänden zum Referentenentwurf des Bundesteilhabegesetzes **14/1289 K**
5. Anfragen und Anträge der Fraktionen
 - 5.1. Inklusives Bauen für Menschen mit Behinderungen im Rheinland **14/121 CDU, SPD E**
 - 5.2. Hilfe für Menschen mit Behinderungen im betreuten Wohnen **14/119 CDU, SPD E**
6. Mitteilungen der Verwaltung
 - 6.1. LVR-Verbundzentrale
 - 6.2. LVR-HPH-Netz Niederrhein
 - 6.3. LVR-HPH-Netz Ost
 - 6.4. LVR-HPH-Netz West
7. Verschiedenes

Nichtöffentliche Sitzung

8. Niederschrift über die 7. Sitzung vom 16.02.2016
9. LVR-HPH-Netz Ost – Zwischenbericht zum inklusiven Wohnquartier auf dem Ledenhofareal **14/1227 K**
10. Bestellung der Wirtschaftsprüfer zur Prüfung der Jahresabschlüsse 2016 der LVR-HPH-Netze Niederrhein, Ost und West **14/1238 B**
11. Aufwands- und Ertragsentwicklung im I. Quartal 2016
 - 11.1. I. Quartalsbericht 2016 des LVR-HPH-Netzes Niederrhein **14/1215 K**
 - 11.2. I. Quartalsbericht 2016 des LVR-HPH-Netzes Ost **14/1216 K**

- | | | |
|-------|---|------------------|
| 11.3. | I. Quartalsbericht 2016 des LVR-HPH-Netzes West | 14/1217 K |
| 12. | Übersicht über die Vergaben der LVR-HPH-Netze im I. Quartal 2016 mit einer Vergabesumme ab 10.000 € | |
| 12.1. | Vergabeübersicht für das I. Quartal 2016 des LVR-HPH-Netzes Niederrhein | 14/1235 K |
| 12.2. | Vergabeübersicht für das I. Quartal 2016 des LVR-HPH-Netzes West | 14/1195 K |
| 13. | Anfragen und Anträge der Fraktionen | |
| 14. | Mitteilungen der Verwaltung | |
| 14.1. | LVR-Verbundzentrale | |
| 14.2. | LVR-HPH-Netz Niederrhein | |
| 14.3. | LVR-HPH-Netz Ost | |
| 14.4. | LVR-HPH-Netz West | |
| 15. | Verschiedenes | |

Beginn der Sitzung:	09:30 Uhr
Ende öffentlicher Teil:	10:45 Uhr
Ende nichtöffentlicher Teil:	10:45 Uhr
Ende der Sitzung:	11:10 Uhr

Öffentliche Sitzung

Punkt 1

Anerkennung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird anerkannt.

Herr Rohde berichtet über die Bereisung des LVR-HPH-Netzes Ost am 31.05.2016.

Themenschwerpunkte waren "Tod und Trauer" und "Fixierungen".

Wie schwierig der Umgang mit dem Thema "Tod und Trauer" sei, sei den Bewohnerinnen und Bewohnern und den Mitarbeitenden eines Hauses auf dem Ledenhof erst deutlich geworden, als mehrere Bewohner in kürzester Zeit verstorben sind. Rücklagen für die Beerdigung gebe es nicht, so dass das Sozialamt zuständig sei. Ein würdevoller Abschied sei so nicht möglich. Mit der zuständigen Richterin vor Ort konnte die Einrichtungsleitung aushandeln, dass die Bewohnerinnen und Bewohner Rückstellungen für die eigene Beerdigung bilden dürfen, so dass ein angemessener Abschied möglich sei. Diese Situation habe die Einrichtungsleiterin auch zum Anlass genommen und eine Broschüre mit dem Titel "Mein letzter Wille" in leichter Sprache verfasst.

Des weiteren wurde ein Haus besichtigt, in dem Menschen leben, die sich nur innerhalb des Hauses und im Garten, nicht aber auf der Straße frei bewegen dürfen. Das Thema "Fixierungen" beschäftige die zuständigen Ausschüsse schon seit Jahren, müsse aber immer wieder thematisiert werden. Er bedankt sich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die solche Häuser betreuen.

Punkt 2 **Niederschrift über die 7. Sitzung vom 16.02.2016**

Gegen den öffentlichen Teil der Niederschrift werden keine Einwände erhoben.

Punkt 3 **Umsetzung der UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen** **Inklusion und Teilhabe durch freiwillig Engagierte** **Freiwilligenmanagement im LVR-HPH-Netz Niederrhein am Beispiel des LVR-** **Wohnverbundes Haagstraße in Alpen**

Herr Ströbele, Frau Hinckers und Herr Jacobi stellen anhand einer Powerpoint-Präsentation (Anlage 1) und eines Films einige Beispiele des Freiwilligenmanagements im LVR-HPH-Netz Niederrhein vor. Freiwilligenarbeit sei eng verbunden mit der Sozialraumorientierung und der personenzentrierten Arbeit und unterstütze die Bemühungen zur Umsetzung der UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen. Freiwillig Engagierte dienen als Brückenbauer in die Gesellschaft und unterstützen die Arbeit des Fachpersonals. Die persönlichen Kontakte von Bürgerinnen und Bürgern mit und ohne Behinderung werden intensiviert, die aktive Teilhabe von Menschen mit geistiger Behinderung gestärkt und ihre Lebensqualität verbessert. Freiwilliges Engagement sei vielfältig und reiche von Schulpraktika und Sozialen Projekten bis hin zum unternehmerischen und privaten Engagement. Freiwilligenarbeit könne jedoch nur gelingen, wenn Mitarbeitende und Führungskräfte vom Mehrwert überzeugt seien und es eine positive Wahrnehmung der Arbeit in der Öffentlichkeit gebe. Der Aufbau tragfähiger Vernetzungen in der Gemeinde und der kontinuierliche Aufbau und die Pflege nachhaltiger belastbarer, sozialer Kontakte seien nur möglich, wenn auch die personellen, zeitlichen und finanziellen Ressourcen stimmen.

Herr Rohde, Frau Recki, Herr Feiter und Frau Janicki bedanken sich für den Vortrag und heben die Bedeutung der Freiwilligenarbeit hervor. Sie sei ein wichtiger Teil bei der Umsetzung der UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen.

Frau Recki nimmt Bezug auf den Antrag 14/119 CDU, SPD (TOP 5.2) und bittet um Auskunft, ob das dort angesprochene Modell der Taschengeldbörse auch im LVR-HPH-Niederrhein umsetzbar wäre. Herr Ströbele teilt hierzu mit, dass es inhaltlich denkbar wäre. Allerdings solle Freiwilligenarbeit immer unentgeltlich bleiben.

Frau Wucherpfenning bezieht sich auf einige Äußerungen im Vortrag und im Film und bittet um Beantwortung folgender Fragen:

- Warum ist es so schwierig, die Mitarbeitenden und die Führungskräfte zu motivieren, Freiwilligenarbeit zuzulassen?
- Wie kann es sein, dass keine sozialen Kontakte aufgebaut werden können, nur weil der Wohnort des Mitarbeitenden ein anderer sei als seine Arbeitsstätte?
- Wie können Jugendliche und Rentner, deren Taschengeld bzw. Rente nicht ausreicht, trotzdem für Freiwilligenarbeit gewonnen werden?

Herr Ströbele führt hierzu aus, dass die Schwierigkeit, die Mitarbeitenden zu motivieren, Freiwilligenarbeit zuzulassen, aus der Tradition heraus begründet sei. Dieses Thema sei in

den LVR-HPH-Netzen erst in den letzten Jahren intensiviert worden, während sich die Träger der freien Wohlfahrtspflege aufgrund ihrer Organisationsstruktur schon länger damit beschäftigen. Man sei hier aber auf einem guten Weg, wie die Beispiele im Vortrag gezeigt hätten.

Zum Thema "Aufbau sozialer Kontakte vor Ort" teilt er mit, dass man natürlich die Kontakte mit den Institutionen vor Ort pflege. Dennoch sei ein soziales Netzwerk vor Ort sehr wichtig, so dass man auch Freunde und Bekannte für die Arbeit interessieren und gewinnen könne, was mit unterschiedlichen Wohnort und Arbeitsstätte allerdings schwieriger sei.

Bezüglich der Finanzierung verweist Herr Ströbele darauf, dass es ein Budget für Ausgaben gebe. Dennoch sollte Freiwilligenarbeit unentgeltlich bleiben.

Herr Kresse macht deutlich, dass professionelle und freiwillige Hilfe und bezahlbare oder unentgeltliche Freiwilligenhilfe immer nebeneinander stehen und nicht gegeneinander ausgespielt werden dürften. Außerdem biete die Pflegeversicherung mit der "Pflegestufe 0 und dem Zusatz der eingeschränkten Alterskompetenz" zusätzliche Betreuungs- und Entlastungsleistungen. Leider gelte dieses nur für den ambulanten Bereich. Dennoch sollten auch solche Finanzierungsformen erschlossen werden.

Punkt 4 **Bundesteilhabegesetz (BTHG)**

Punkt 4.1 **Referentenentwürfe zum Bundesteilhabegesetz (BTHG) und zum 3. Pflegestärkungsgesetz (PSG III)** **Vorlage 14/1236**

Die Tagesordnungspunkte 4.1 und 4.2 werden gemeinsam beraten.

Herr Dr. Schartmann berichtet, dass die beiden Referentenentwürfe zum Bundesteilhabegesetz (BTHG) und zum 3. Pflegestärkungsgesetz (PSG III) seit Ende April vorliegen. Mit dem BTHG verfolge der Gesetzgeber folgende Ziele:

- Herauslösung der Eingliederungshilfe aus dem Fürsorgesystem
- Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention
- Bremsen der Kostendynamik

Zu den einzelnen Inhalten und Neuerungen der Referentenentwürfe und zur Beurteilung der Referentenentwürfe aus Sicht des LVR wird auf die Vorlagen 14/1236 und 14/1289 verwiesen.

Herr Dr. Schartmann teilt weiterhin mit, dass die Beratung der Referentenentwürfe im Bundeskabinett für den 28.06.2016 geplant sei. Für das BTHG gebe es eine gestaffelte Inkrafttretungsregelung. Die Regelungen, die den Bereich der Eingliederungshilfe betreffen, sollen bis zum 01.01.2020 in Kraft treten.

Am 25.08.2016 wird es eine Fachtagung zum Thema "Das neue Bundesteilhabegesetz" geben. Die parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Arbeit und Soziales Frau Lösekrug-Möller wird dort das BTHG vorstellen.

Herr Rohde, Frau Recki und Frau Ammann-Hilberath sehen den Referentenentwurf zum BTHG sehr kritisch. Die Neudefinition des Behindertenbegriffs sei fragwürdig und viele Begriffsbestimmungen und Regelungen bedürften einer Präzisierung. In diesem Zusammenhang wird auf die Sondersitzung des Landschaftsausschusses am 14.06.2016 hingewiesen, in der die politische Vertretung eine eigene Stellungnahme in

Form einer Resolution verabschieden werde.

Herr Kresse macht deutlich, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur einer Ablehnung des Gesetzes tendiere, wenn es nicht zu einer verbindlichen Entlastung der kommunalen Familie komme.

Die Referentenentwürfe zum Bundesteilhabegesetz und zum 3. Pflegestärkungsgesetz werden gemäß Vorlage Nr. 14/1236 zur Kenntnis genommen.

Punkt 4.2

LVR-Stellungnahme gegenüber den kommunalen Spitzenverbänden zum Referentenentwurf des Bundesteilhabegesetzes Vorlage 14/1289

Ausführungen siehe unter TOP 4.1.

Die LVR-Stellungnahme gegenüber den kommunalen Spitzenverbänden zum Referentenentwurf des Bundesteilhabegesetzes wird gemäß Vorlage Nr. 14/1289 zur Kenntnis genommen.

Punkt 5

Anfragen und Anträge der Fraktionen

Punkt 5.1

Inklusives Bauen für Menschen mit Behinderungen im Rheinland Antrag 14/121 CDU, SPD

Frau Recki bittet in Hinblick auf die anstehenden Haushaltsberatungen darum, zur nächsten Sitzung eine aktualisierte Fassung der Vorlage 13/3692 vorzulegen. Frau Wenzel-Jankowski macht deutlich, dass der Antrag im Zusammenhang mit konzeptionellen Modifikationen zu sehen sei. Daher werde man eine entsprechende Konzeption erarbeiten, in der die aktuellen Zahlen enthalten sein werden. Diese Konzeption werde voraussichtlich Anfang 2017 vorliegen.

Der Ausschuss für den LVR-Verbund Heilpädagogischer Hilfen fasst einstimmig ohne Aussprache folgenden empfehlenden Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt,

- die im Juni 2014 beratene Vorlage Nr.13/3692 "Ersatzbedarf für nicht barrierefreie stationäre Wohnangebote der LVR-HPH-Netze zu aktualisieren;
- einen Kriterien-Katalog mit Standardanforderungen für inklusive individualisierte Wohnangebote im Rheinland unter Berücksichtigung der wesentlichen rechtlichen Rahmenbedingungen (WTG etc.) zu entwickeln und den voraussichtlichen Investitionsbedarf im Rahmen einer Grobeinschätzung zu beziffern;
- ggf. unabweisbar dringende Investitionsbedarf bereits im Entwurf des Doppelhaushaltes 2017/2018 zu berücksichtigen.

Punkt 5.2

Hilfe für Menschen mit Behinderungen im betreuten Wohnen Antrag 14/119 CDU, SPD

Frau Ammann-Hilberath und Herr Feiter erläutern die Gründe für die Ablehnung des Antrags durch ihre Fraktionen. Es sei kein Bedarf für bezahlbare Freiwilligendienste erkennbar. Gerade für junge Menschen gebe es vielfältige Möglichkeiten, sei es über ein freiwilliges soziales Jahr, den Bundesfreiwilligendienst oder auch Schulpraktika, um mit Menschen mit Behinderungen zu arbeiten. Junge Menschen über ein Taschengeld für die Tätigkeit zu interessieren, könne nicht das Ziel sein.

Der Ausschuss für den LVR-Verbund Heilpädagogischer Hilfen fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion, der Fraktion Die Linke. und der Fraktion Freie Wähler/Piraten folgenden empfehlenden Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, einen Vorschlag für die Umsetzung eines Modellprojektes im LVR-Verbund Heilpädagogischer Hilfen und ein weiteres Modellprojekt in der Freien Wohlfahrtspflege zu entwickeln, mit dem Schülerinnen und Schüler durch gemeinsame Aktivitäten mit bzw. Übernahme leichter Tätigkeiten für Personen mit Wohnhilfen ein selbstverständlicher Umgang mit bzw. Zugang zu Menschen mit Behinderungen ermöglicht wird. Die Modellprojekte sollen in Anlehnung an das Projekt "Taschengeldbörse - Hilfe für Dich, Job für mich" vom Verein ALTERAktiv Siegen-Wittgenstein e.V. entwickelt werden.

Punkt 6

Mitteilungen der Verwaltung

Punkt 6.1

LVR-Verbundzentrale

Keine Anmerkungen.

Punkt 6.2

LVR-HPH-Netz Niederrhein

Keine Anmerkungen.

Punkt 6.3

LVR-HPH-Netz Ost

Keine Anmerkungen.

Punkt 6.4

LVR-HPH-Netz West

Keine Anmerkungen.

Punkt 7
Verschiedenes

Keine Anmerkungen.

Langenfeld, den 01.07.2016

Der Vorsitzende

R o h d e

Köln, den 27.06.2016

Die Direktorin des Landschaftsverbandes
Rheinland
In Vertretung

W e n z e l - J a n k o w s k i

Umsetzung der UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen



Inklusion und Teilhabe durch freiwillig Engagierte – Freiwilligenmanagement im LVR-HPH-Netz Niederrhein am Beispiel des LVR-Wohnverbundes Haagstraße in Alpen

Martin Jakobi, Teamleitung LVR-Wohnverbund Haagstraße

Maria Hinckers, Stabsstelle Freiwilligenmanagement

Thomas Ströbele, Fachlicher Direktor

Zielsetzung

- Umsetzung der UN-BRK
- Begegnung und Förderung von Beziehungen zwischen Menschen
- Aktive Teilhabe am Gemeindeleben
- Personenzentrierte Leistungen



Unterstützerinnen und Unterstützer

- Privatpersonen
 - Soziale und kulturelle Organisationen
 - Bildungs- und Sporteinrichtungen
 - Vereine, Kirchengemeinden
und Unternehmen
- > Individuelle, bedarfsorientierte Angebote**



Entwicklung

- Umdenken durch Dezentralisierung
- Sozialraumorientierung
- Herausforderungen
 - Arbeits-/Lebensort nicht identisch
 - Fehlendes Netzwerk
 - Geringer Bekanntheitsgrad
 - Wettbewerb um freiwillig Engagierte

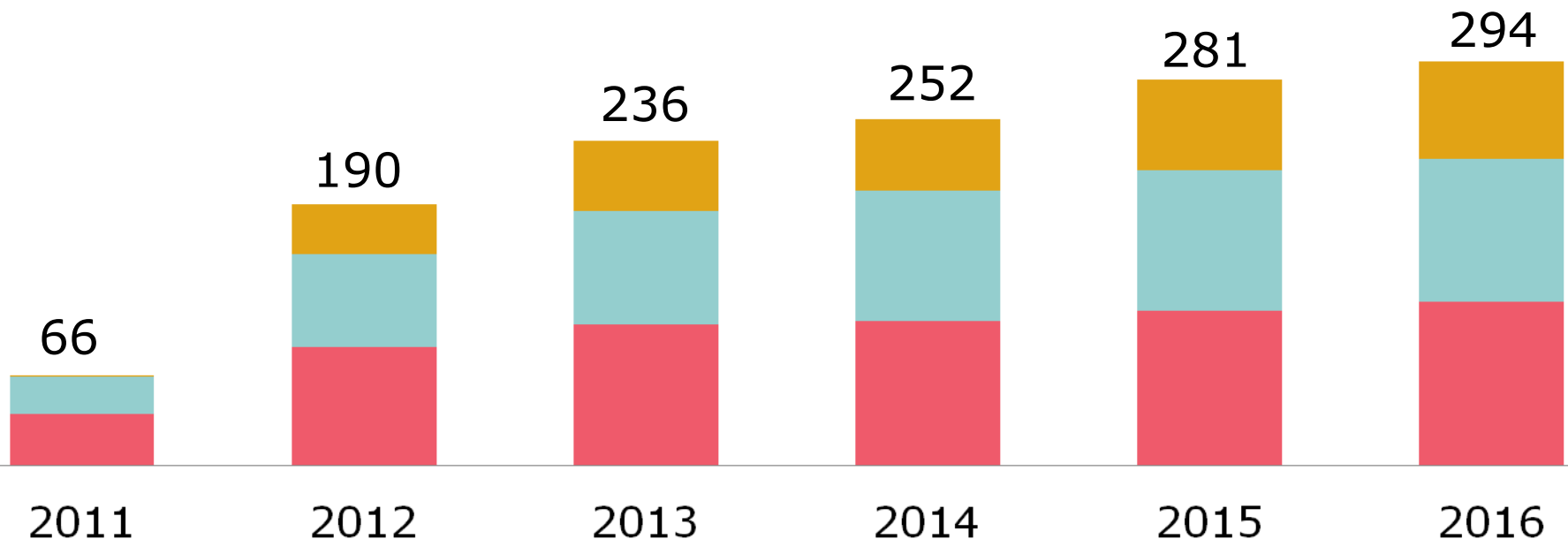


Zahlen im Überblick - Ist-Stand am 01.06.2016

223 Privatpersonen davon **119 Frauen** und **104 Männer**

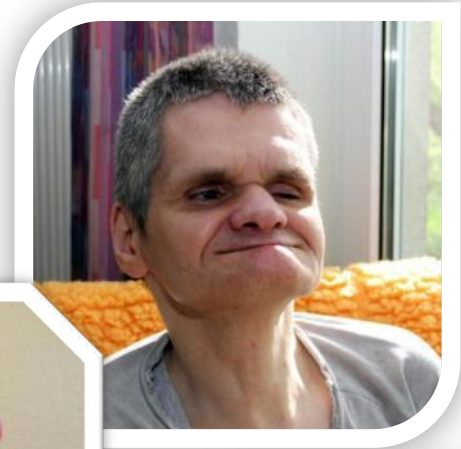
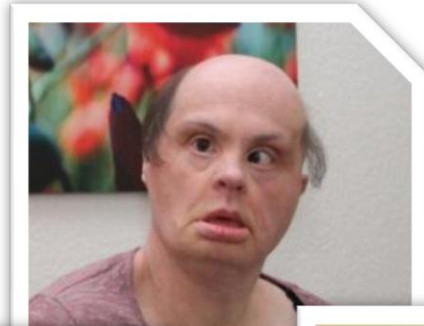
71 Unterstützerinnen und Unterstützer der Freiwilligenarbeit

Gesamtzahl freiwillig Engagierter: 294



LVR-Wohnverbund Haagstraße in Alpen





Umsetzung der Freiwilligenarbeit in Alpen

- Sammlung der Bedarfe, Wünsche und Interessen
 - Spaziergänge mit und ohne Cafébesuche
 - Gottesdienstbesuche
 - Mal- und Kreativangebote
 - Tierkontakte
 - „Gemeinsam Zeit verbringen“
- Aktive Öffnung nach Außen:
Pressearbeit, Einladungen, persönliche Ansprache etc.



Win-Win-Situation

Gesellschaft

Freiwillig
Engagierte

Mitarbeitende
LVR-HPH-Netz

Menschen
mit geistiger
Behinderung

- Selbstverständliches Miteinander
- Abbau von Barrieren
- Stärkung der Gemeinschaft
- Umsetzung der UN-BRK

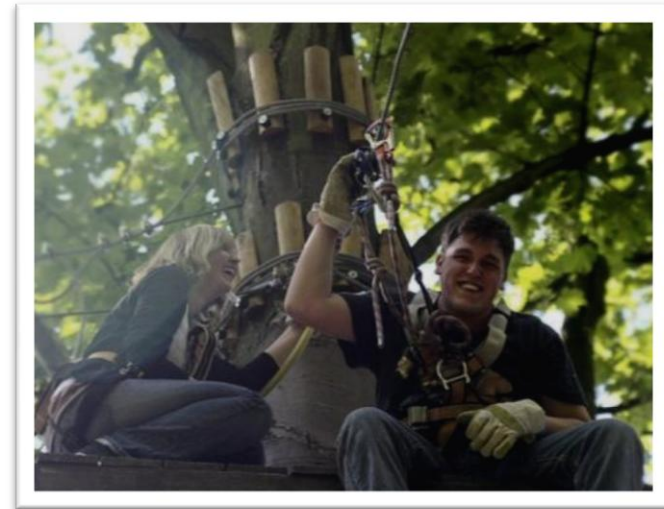
- Freude und Anerkennung
- Verantwortung
- Sinnvolle Aufgabe
- Berufsperspektiven
- Stärkung von sozialen Kompetenzen

- Schaffung von Freiräumen
- Personalbindung und -gewinnung

- Abwechslung im Alltag
- Individuelles soziales Netzwerk
- Höhere Lebensqualität

Kritische Erfolgsfaktoren

- Motivation und Überzeugung aller Mitarbeitenden
- Schaffung von notwendigen Ressourcen
- Positive öffentliche Wahrnehmung im Sozialraum
- Personenunabhängige Vernetzung
- Belastbare, nachhaltige Kontakte



Vielen Dank



für Ihre Aufmerksamkeit!

LVR-HPH-Netz Niederrhein, 47551 Bedburg-Hau
www.hph.lvr.de